Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus geliefert, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 7.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsversand: monatlich M. 12.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 50 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 4.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M.-lo, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7506. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.; Leipzig.

Nr. 180 — **Freitag, den 15. April** — **1921**

In Erwartung des englischen Streiks

Erneute Verhandlungen.

London, 15. April. (Reuter.) Das Land ist jetzt völlig darauf vorbereitet, den Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter heute abend ausbrechen zu sehen, da die Haltung der Bergwerksbesitzer und Grubenarbeiter völlig unverändert ist. Eine gestern abgehaltene Besprechung zwischen den Vertretern der Eisenbahner und Transportarbeiter und Mitgliedern der Regierung zeigte, daß ihre Stellung in der Frage des nationalen Lohnes die gleiche ist wie die der Bergarbeiter. Die Besprechung führte zu keinem Ergebnis. Der Andrang der Freiwilligen dauert an. Im ganzen Lande herrscht vollständige Ruhe.

In einer Konferenz der General Workers Federation wurde beschlossen, den Dreibund zu unterstützen. Der Vizepräsident erklärte, dies bedeute nicht notwendigerweise den Generalstreik.

Die Vertreter des nationalen Syndikats der irischen Dockarbeiter, das 10 000 Mitglieder hat, haben beschlossen, sich mit den Bergarbeitern solidarisch zu erklären.

Der Bund der Führer der elektrischen Linien hat beschlossen, nicht zu streiken. Seine Mitglieder bei den Eisenbahnen sollen ihre gewöhnliche Arbeit verrichten, aber keine Streikarbeit oder Freiwilligenunterricht erteilen. Die frühere Meldung, daß die Elektrizitätsarbeiter ebenfalls beschlossen hätten, zu streiken, ist also verfrüht.

Die Bergwerksbesitzer haben die Vertreter der Bergleute zu einer Konferenz eingeladen, in der die Löhne der am niedrigsten bezahlten Bergleute besprochen werden sollen.

Der Verlauf der letzten Konferenz

London, 15. April. Auf der gestrigen ergebnislos verlaufenen Konferenz zwischen Lloyd George und den Führern der Eisenbahner und Transportarbeiter, auf der der Arbeiterführer Thomas erklärte, er sehe keine Hoffnung auf Regelung, sagte Lloyd George, die Frage der Wiedererrichtung der Staatskontrolle über die Kohlenindustrie müsse durch eine politische Aktion, nicht aber durch einen Streik geregelt werden. Das Parlament dürfe nicht durch die Drohung mit der Lahmlegung des gesamten Lebens des Staates eingeschüchtert werden. Lloyd George fragte:

„Angenommen, ihr könntet den Staat aushungern, was hättet ihr dann davon? Es besteht nur ein Weg, um die Nationalisierung durchzusetzen: Ihr müßt die Frage der Nation unterbreiten. Das Aushungern ist nicht eure einzige Waffe. Ihr habt genau dieselben Waffen, die ihr früher gehabt habt: die Waffen der Ueberzeugung, Ueberredung, Beweisführung und Vernunft. Ihr könnt es der Nation überlassen, zu entscheiden. Ihr habt euren Plan, wir unsern. Legt ihn der Nation vor, wir werden gleichfalls den unsern der Nation unterbreiten. Wenn die Nation entscheidet, daß euer Plan der richtige ist, warum wollt ihr dann euer Volk aushungern, um etwas zu erreichen, was ihr durch Vernunft erreichen könnt, wenn die Vernunft auf eurer Seite ist? Wenn die Vernunft nicht auf eurer Seite ist, warum wollt ihr dann die Nation durchaus zwingen, sich der Unvernunft zu ergeben? Die große Mehrheit des Volkes, an das ihr appelliert, sind Arbeiter. Wenn Arbeiter gegen uns sind, haben wir keine Aussichten. Ich glaube, zwei Drittel der Wähler des Landes bestehen aus Arbeitern und ihren Frauen. Wenn die Arbeiter dieses Landes zugunsten eures Nationalisierungsplanes sind, besteht nichts, was ihn aufhalten kann. Aber ihr müßt sie überzeugen und ihr müßt sie dazu überreden, daß die Nationalisierung das Richtige in ihrem Interesse ist. Wir würden sagen, es ist nicht in ihrem Interesse, würden sagen, es wird ihnen Schaden zufügen. Ihr werdet sagen, es wird ihnen Vorteil bringen. Das ist die Streitfrage, die den Arbeitern dieses Landes gerechterweise unterbreitet werden muß."

Der Arbeiterführer Goslin erklärte auf der Konferenz, das sei ein industrieller, nicht ein politischer Streik.

Thomas sagte, der Kampf würde zur Folge haben, daß der Nation unberechenbarer Schaden zugefügt werde, ganz gleich, welche Seite gewinne. Die Nation werde unvermeidlicherweise verlieren. Thomas erklärte wiederholt: Wir sind keine Revolutionäre und wünschen keine Revolution.

London, 15. April. Dem wichtigsten Argument der Bergleute, daß eine Lohnfestsetzung auf nationaler Basis ohne Pool unmöglich sei, stellen die Bergwerksbesitzer und die Regierung die Behauptung entgegen, ein Pool bedeute die Staatskontrolle, die schließlich auf Nationalisierung hinauslaufe. Inzwischen klärten die Bergarbeiter ein außerordentliches Mißverständnis auf, indem sie sagten, daß sie nicht die Zusammenlegung des Gesamtgewinns verlangen, sondern die Bildung eines Ausgleichsfonds zur Zahlung einer Abgabe für jede geförderte Tonne. Diese Abgabe würde den Produktionskosten zugerechnet werden, so daß in Anbetracht der geltenden Lohnberechnung die Arbeiterschaft die Hauptlast dieser Abgabe zu tragen hätte. Da die Arbeiter außerdem einer bedeutenden Herabsetzung ihrer Löhne zustimmen würden, so hat sich ihre moralische Position in den Augen des Bürgertums sehr gebessert.

Das Urteil der „Times"

London, 15. April. Nach einer Betrachtung der Streiklage kommt die „Times" zu dem Schluß, daß die Beilegung der Schwierigkeiten einzig und allein von den Besitzern abhängt. Die Regierung hat laut „Times" ihre letzte Waffe aus der Hand gegeben, als sie behauptete, daß die Besitzer keinesfalls zu etwas zu zwingen seien. Wenn die Besitzer jetzt auf ihrem Standpunkt beständen, könne das einzige, was zu einer Lösung führen könnte, nur eine Niederlage der Bergarbeiter sein, die jedoch auf die Dauer dem Lande mehr Schlechtes als Gutes bringen würde.

Ueber 1½ Million Arbeitslose

London, 15. April. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 8. April 1 615 000; das bedeutet eine Vermehrung um 109 000 gegen die Vorwoche.

Gouverneur a. D. Theodor Leutwein †

Freiburg i. B., 15. April. Im 72. Lebensjahr verschied nach langer Krankheit Generalmajor a. D. Theodor Leutwein, ehemaliger Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika.

*

Mit Theodor Leutwein ist ein um die deutschen Kolonien sehr verdienter Mann dahingegangen. Leutwein wurde als Sohn eines Pfarrers am 9. Mai 1849 in Strümpfelbrunn in Baden geboren. Er widmete sich dem Offiziersberuf, wurde 1885 Hauptmann und trat 1893 als Major in die Schutztruppe ein. Ein Jahr später übernahm er das Kommando über die Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika. Gleich in diesem Jahre hatte er die hartnäckigen Kämpfe gegen Hengrik Witboi zu führen, die mit der Unterwerfung des rebellischen Häuptlings endeten. Leutwein verstand es, den Gegner sich zum Freunde zu machen; als 1896 der Aufstand der Hereros und Khauhahottentotten ausbrach, unterstützte Witboi und seine Leute den inzwischen zum Landeshauptmann beförderten Major Leutwein. 1898 wurde Leutwein Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika. 1904 erhoben sich die Bondelzwarts und die Hereros erneut; auch diesmal gelang es Leutwein, den Aufruhr zu dämmen. Schwere gesundheitliche Schädigungen zwangen ihn 1905, das Oberkommando an Generalleutnant von Throta abzugeben. Im August 1905 erhielt Leutwein den erbetenen Abschied. Er reiste nach Deutschland zurück und lebte seit der Zeit in seiner badischen Heimat. In einem Werke „11 Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika" hat er seine Ansichten über die Eingeborenenpolitik niedergelegt.

Wie sich Frankreich die neuen deutschen Vorschläge denkt

Amsterdam, 15. April. Aus Paris wird gemeldet: Deutschland bereitet neue Reparationsvorschläge vor, die Dr. Simons den Alliierten gern durch Vermittlung der schweizerischen oder der amerikanischen Regierung übermitteln möchte. Der Entwurf umfaßt zwei Hauptpunkte:

1. Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete unter Verwendung deutscher Arbeitskräfte und deutscher Materialien, wobei den Franzosen ein Gegenwert geboten werden soll dafür, daß französische Arbeiter und französische Materialien nicht herangezogen werden;

2. Uebernahme der alliierten Kriegskosten an Stelle einer Reparationszahlung, wobei eine internationale Anleihe aufgenommen werden soll.

Frankreich für Wiederaufnahme der Verhandlungen über Yap

Paris, 15. April. „Petit Parisien" gibt Aufklärung über die französische Note an die amerikanische Regierung in der Mandatsfrage. Hiernach ist der Standpunkt, den die französische Regierung einnimmt, folgender: Frankreich habe schon am 18. Februar in Beantwortung einer ersten Mitteilung zur selben Frage [illegible] gegeben, daß, wenn die Entscheidung, Yap an Japan zu übertragen, am 7. Mai 1919 vom Rat der Vier ohne Widerspruch Wilsons getroffen wurde, Wilson und Lansing dafür früher die amerikanischen Einwände in Gegenwart des Barons Makino, des Vertreters von Japan, formuliert haben. Infolgedessen stehe Frankreich auf dem Standpunkt, daß hier ausreichender Grund gegeben sei, um die Verhandlungen über Yap zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wieder zu eröffnen. Diese französische Note vom 18. Februar sei der japanischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden.

Allgemeine Mobilmachung in Griechenland?

Athen, 15. April. Die griechische Regierung hat beschlossen, die venizelistischen Offiziere, die nach dem Ausfall der Königswahl die Armee verlassen und sich nach Konstantinopel begeben haben, nunmehr zur nationalen Verteidigung heranzuziehen.

In der Mittwoch-Sitzung der Kammer beantragte der Abgeordnete Merkuris von der Regierungspartei die allgemeine Mobilmachung. Das Haus spendete dem Antragsteller lebhaften Beifall.

Einer Meldung der „Agence d'Athènes" zufolge sollen die Griechen einen starken Angriff der Kemalisten im Abschnitt Afion-Karahissar mit Erfolg abgewehrt haben. Demgegenüber will eine Konstantinopeler Privatmeldung, die der Agentur „Est Europe" aus Paris zugeht, wissen, daß die Stadt Brussa von den türkischen Truppen vollständig eingeschlossen ist. Türkische Flugzeuge überfliegen die Stadt und werfen Aufrufe ab, in denen mit Repressalien gegen die griechischen Kriegsgefangenen gedroht wird, falls der mohammedanischen Bevölkerung in Brussa irgendetwas geschehen sollte.

Gerichtsverfahren gegen das Kabinett Radoslawow

Sofia, 15. April. Die bulgarische Nationalversammlung beschloß nahezu einstimmig, gegen die Mitglieder des ehemaligen Kabinetts Radoslawow ein Gerichtsverfahren einzuleiten. Der Beschluß, gegen den sich nur ein persönlicher Freund Radoslawows ausgesprochen hat, wirft dem Kabinett folgende Verfehlungen vor:

1. Habe es im Jahre 1914 mit Berliner Banken geheime Verhandlungen gepflogen und mit allem dazu beigetragen, daß Bulgarien später die Politik der Mittelmächte unterstützte;

2. habe es 1915 der Entente den Krieg erklärt;

3. sei Bulgarien tatsächlich durch die Schuld des Kabinetts in den Krieg mit der Entente geraten.

In der Aussprache beantragte ein Abgeordneter sogar, daß man die Regierung Danew vor ein Strafgericht stelle, weil sie die Katastrophe vorbereitet habe.

Ausrufung der Republik Südchina

Haag, 15. April. Die bisherige südliche Regierung von China in Kanton hat sich nach der Wahl des Präsidenten Sunyatsen von der nördlichen Pekinger Regierung getrennt und für selbständig erklärt. Sunyatsen hat sich an die ausländischen Vertreter gewandt, um die offizielle Anerkennung der südchinesischen Republik durchzusetzen.

Frankreich auf dem Kriegspfad

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

□ **Paris, 13. April.**

Es ist nicht zu leugnen: Frankreich bereitet einen neuen Krieg vor. Sein Ultimatum an Deutschland ist etwas langfristig — es läuft erst am 1. Mai ab —, aber es unterscheidet sich sonst nicht von der üblichen Form dieser Dokumente. Und wie gewöhnlich in solchen Fällen, ist man auch hier nahezu sicher, daß dem nicht entsprochen werden wird — nicht entsprochen werden kann. Es wird alsdann zum Krieg kommen. Denn was Frankreich für den 1. Mai plant, kann man wohl nicht anders nennen. Am besten faßt ein Artikel von Paul Louis in der „Humanité" vom 12. April die Lage zusammen. „Krieg oder Frieden?", lautet die Ueberschrift. Dann weiter:

„Lesen Sie unsere großen sogenannten Informationsblätter. Sie sind voll von Drohungen gegen Deutschland und von Unterredungen mit den Habsburgern. Karl I. und der Erzherzog Joseph, beide Anwärter des Pester Thrones, streiten um die Gunst der bürgerlichen Presse. Aber die monarchische Frage in Ungarn interessiert die Volksmassen unendlich weniger als die Beziehungen der Alliierten zu dem Berliner Kabinett.

Sagen wir es gerade heraus: Die Frage, Krieg oder Frieden? ist, wenn nicht in denselben Ausdrücken, so doch mit demselben bitteren Ernst genau gestellt wie 1914. Die rein militärischen Zeitungen rasseln dumpf mit den Säbeln unseres Generalstabes mit derselben Eleganz oder derselben Brutalität, die die preußischen Junker kennzeichneten. Sie freuen sich bei dem Gedanken, daß die französische Armee wieder eine Rolle spielen wird, und entweder in Norddeutschland gegen Berlin, oder in Süddeutschland gegen München marschieren wird, denn sie haben die Wahl zwischen dem Andenken Napoleons oder dem Moreaus.

Die eigentlich offiziösen Blätter, die zu einem gläubigeren Leserkreis sprechen, bemühen sich im Gegenteil, die Wirklichkeit zu verschleiern. Man mobilisiere niemand, es handele sich um eine einfache Polizeimaßnahme, eine vollständig sichere Operation, die nicht einen einzigen Mann koste. Sie haben ja immer Zeit, wenn die Sache einmal so weit getrieben ist, einige Jahresklassen einzuberufen, wofür sie leicht eine Erklärung finden würden.

Wir rufen noch einmal laut ins Land: Wachsamkeit! Jeder neue militärische Vorstoß wird morgen oder übermorgen den Krieg entfesseln; vielleicht erscheint ihnen diese Versicherung sonderbar, aber der alldeutsche Militarismus rechnet auf einen Kraftstoß unserer Führer, erhofft ihn sogar, damit er jenseits des Rheins den Chauvinismus und den Rachegeist verstärken kann. Mit jedem Tage vermehren sich die herausfordernden oder hinterlistigen Artikel in unserer Presse, die nach genau und geschickt verteilten Rollen zu arbeiten scheint; mit jedem Tage vergrößern sich die moralischen Aufgaben der aufgeklärten Massen.

In Deutschland bleibt die Lage ebenso dunkel wie bei uns. Wir hören von wiederholten Unterhaltungen mit Dr. Simons, der die Versöhnung predigt, und von den Aufwiegelungen der alldeutschen Presse, die vollständigen Widerstand empfiehlt.

Ziemlich überall in der Welt laufen Gerüchte um: Das Berliner Kabinett hätte die Schweizer Regierung um Vermittlung angerufen: in welchem Sinn, zu welchem Zweck?, und der Bundesrat zögere, diesen Auftrag zu übernehmen. Endlich soll die Botschaft des Präsidenten Harding einen Theatercoup darstellen und Amerika unerwartete Initiativen zuweisen.

Das allgemeine Unbehagen, die moralische Krise, die Angst, die durch die zusammenprallenden Machtgelüste hervorgerufen werden, sind aufs höchste gestiegen..."

Heute früh las man eine Erklärung der französischen Regierung über die Aufgabe der Wiedergutmachungskommission, deren Wortlaut ich ebenfalls mitteile:

„Nach Art. 233 des Friedensvertrages wird die Höhe der Entschädigung durch die Interalliierte Kommission, Wiedergutmachungskommission genannt, festgestellt; sie wird die Einwände studieren und der deutschen Regierung die gerechte Möglichkeit geben, sich Gehör zu verschaffen. Die Beschlüsse der Kommission, soweit sie die Schäden betreffen, werden festgelegt und der deutschen Regierung mitgeteilt, spätestens am 1. Mai 1921 als Gesamthöhe ihrer Verpflichtungen. Endlich muß die Kommission einen Zahlungsmodus aufstellen, der die Zeit und die Art der Zahlung der deutschen Gesamtschuld innerhalb einer Periode von 30 Jahren, vom 1. Mai 1921 an gerechnet, vorsieht.

Gegenwärtig arbeitet die Wiedergutmachungskommission an dieser doppelten Aufgabe: 1. Festsetzung der deutschen Gesamtschuld, 2. Zahlungsmodus innerhalb 30 Jahren. Sie wird vor dem 1. Mai fertig sein.

Dem Vertrag entsprechend hatte Deutschland Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen. Die mündlichen Verhandlungen mit den deutschen Delegierten, die Ende März aufgenommen wurden, sind täglich fortgesetzt worden. Sie erstreckten sich auf alle Arten von Forderungen der Alliierten: Sachschäden, Personenschäden, Pensionen, Entschädigungen usw. Sie werden heute (13. April) zu Ende geführt werden. Die deutschen Delegierten werden noch das Recht haben, gewisse Supplementarbemerkungen schriftlich einzureichen. Danach wird Deutschland nicht mehr gehört werden, außer die Kommission bedürfte Aufklärungen, die ihre Begründungen vervollständigen würden.

Ehe die definitive Ziffer der deutschen Schuld festgelegt wird, muß die Kommission noch die vor dem 12. Februar eingereichten Vorbehalte der alliierten Mächte studieren, einige grundsätzliche Fragen entscheiden und gewisse Abschätzungskoeffizienten bestimmen. Die ganze Arbeit wird, wie schon bemerkt, am 1. Mai zu Ende sein."

Soweit die trockene Mitteilung der Regierung. Ihr Presse weiß augenscheinlich mehr. Sie gibt schon jetzt Summen an, berichtet von militärischen Maßnahmen, ist über die deutschen Einwände informiert, unterrichtet uns über die deutschen Gegenvorschläge, die aber so bedeutend von den alliierten Forderungen abweichen, daß sie von vornherein unannehmbar seien. Wenn heute Deutschland das anböte, was die Alliierten selber in Paris und London verlangten — ich bin sicher, eine Einigung käme doch nicht zustande. Vielleicht nicht so sehr durch die Schuld der französischen Regierung, die im Grunde genommen sehr schwach ist, und große Worte gebraucht, um sich selbst über ihre Schwäche zu täuschen; als vielmehr durch die entsetzliche Hetze in den großen Boulevardblättern, durch den Chauvinismus des nationalen Blocks, durch die Haßpolitik einflußreicher Männer, die mit dem Militär verbündet sind, und Deutschland unbedingt vernichten wollen. Jede Uebereinkunft am 1. Mai würde ihre Zirkel stören; denn sie be-

SLUB
Wir führen Wissen.